

die Hälfte aller Unternehmen dieser Branche zutreffen. Aus diesem Grunde will die Industrie verstärkt mit ausländischen Unternehmen kooperieren. (XNA, 16.6.93; Xinhua News Agency in English, 15.6.93, in SWB, 30.6.93)

Die Elektronikbranche gilt als Schlüsselindustrie für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung. Mit dem Anfang Juni 1993 wieder neu gegründeten Ministerium für Elektronik soll ihre herausragende Bedeutung betont werden. Der stellvertretende Ministerpräsident Zou Jiahua erklärte anlässlich der Gründungszeremonie, daß das Elektronikministerium wieder eingerichtet wurde, um der Wirtschaft mehr Informationen zu liefern und den Modernisierungsprozeß zu beschleunigen. Der neu ernannte Minister der Elektronikindustrie, Hu Qili, nannte als wesentliche Aufgaben des Ministeriums die Ausarbeitung von Entwicklungsstrategien, Richtlinien und Bestimmungen, Stärkung der Verwaltung der Militärindustrie, den Aufbau von Märkten, die makroökonomische Steuerung und Kontrolle, die Förderung von Wissenschaft und technischem Fortschritt, die Verbreitung von Informations-Dienstleistungen und die Unterstützung von Unternehmensgruppen. Zum neuen Ministerium zählen 10 Abteilungen und Ämter mit insgesamt 300 Mitarbeitern. (Zhongguo Xinwen She News Agency, Beijing, in Chinese, 8.6.93, in SWB, 11.6.93) -schü-

*(32)

Neuorganisation von Textil- und Leichtindustrie

Anfang Juni d.J. wurden die Ministerien für Textil- und Leichtindustrie ersetzt durch den neu gebildeten China National Textile Council (Zhongguo fangzhi zonghui) und den China National Light Industry Council (Zhongguo qinggong zonghui). Die Neustrukturierung wurde auf der 1. Plenartagung des 8. NVK im Frühjahr d.J. beschlossen.

Die neuen Organisationen sollen einen vergleichbaren Rang wie Ministerien besitzen und direkt dem Staatsrat unterstehen. Wu Wenying, ehemalige Ministerin der Textilindustrie, wurde Präsidentin des China National Textile Council; Ye Zhen ist der Präsident des China National Light Industry Council. Zu den wesentlichen Aufgaben der Councils zählen die Ausarbeitung von

Entwicklungsplänen und Richtlinien für die jeweilige Industrie, die Umsetzung der industriepolitischen Maßnahmen sowie die Bereitstellung von Dienstleistungen für die Unternehmen.

China zählt inzwischen zu den wichtigsten Textilproduzenten weltweit. Der Outputwert der Textilindustrie macht rund 16% des gesamten Industrieoutputs aus; seit 1986 trägt die Branche mit ca. 25% zum Gesamtexport bei. (XNA, 31.10.92) Die Leichtindustrie stellt einen Anteil am Gesamtexport von einem Drittel. Dieser Industriezweig soll als einer der ersten marktwirtschaftlichen Bedingungen ausgesetzt werden. Yu Zhen zufolge werde bereits heute ein großer Teil der leichtindustriellen Produktion durch Angebot und Nachfrage bestimmt. (XNA, 9.6.93) -schü-

Taiwan

*(33)

Bemühungen um Rückkehr in die UNO

Die Regierung Taipei, die ihren Sitz in der UNO als Vertretung für China 1971 an Beijing verloren hat, unternimmt seit Mai große Anstrengungen, wieder in die Weltorganisation zurückzukehren. Am 17. Mai veröffentlichte das Außenministerium eine Broschüre mit dem Titel "Beteiligung der Republik China an den Vereinigten Nationen", worin der starke Wille Taiwans zur Rückkehr in die UNO zum Ausdruck gebracht wurde. Während die internationale Gemeinschaft mit ihrem Beschluß von 1971 die komplizierte Chinafrage nicht lösen können, sei die Republik China (Taiwan), die weltweit an 14. Stelle im Außenhandel, 7. Stelle bei Auslandsinvestitionen, 20. Stelle nach dem Bruttosozialprodukt sowie an 2. Stelle nach Devisenreserven stehe und seit Jahren zahlreichen Entwicklungsländern technische und finanzielle Hilfe gewähre, bereit und berechtigt, ein aktives und kreatives Mitglied der UNO zu werden. Zur Untermauerung seines Anspruchs beruft sich das Ministerium auf die Präzedenzfälle der Doppelrepräsentation von Deutschland vor der Wiedervereinigung und von Korea.

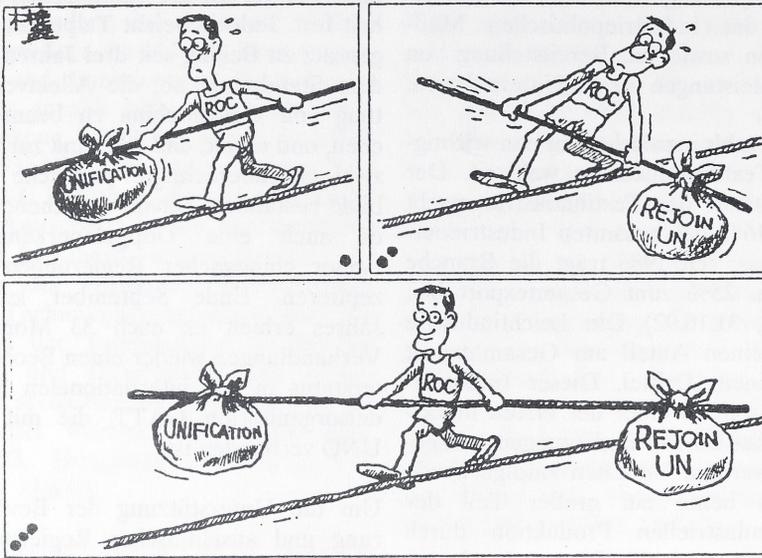
Beide Seiten der Taiwan-Straße halten nach wie vor an der chinesischen Einheit fest. Jedoch weicht Taipei im Gegensatz zu Beijing seit drei Jahren von dem Standpunkt ab, die Alleinvertretung von Gesamtchina zu beanspruchen, und meint, daß in China zur Zeit zwei gleichberechtigte politische Gebilde beständen. Davon ausgehend will es auch eine Doppelerkennung zweier chinesischer Regierungen akzeptieren. Ende September letzten Jahres erhielt es nach 33 Monaten Verhandlungen wieder einen Beobachterstatus in der internationalen Handelsorganisation GATT, die mit der UNO verbunden ist.

Um die Unterstützung der Bevölkerung und ausländischer Regierungen für die Rückkehr in die UNO zu gewinnen, hat Taipei die Broschüre in mehreren Sprachen weltweit verteilt. Am 9. Juni wurde von Präsident Li Denghui (Lee Teng-hui) eine Konferenz mit verantwortlichen Politikern auf hoher Ebene einberufen, um die Strategie für die Rückkehr in die UNO zu erörtern. Ferner soll ein "Mobilisierungsbefehl" für die Ausführung des Plans erlassen worden sein. (LHB, 10.6.93) Allerdings ist noch immer nicht klar, wie das Ziel erreicht werden kann.

Nach Artikel 4 der UN-Charta benötigt ein Land für seinen Beitritt als neuer Mitgliedsstaat die Empfehlung des Exekutivrats und den Beschluß der Generalversammlung. Diese Tür ist für Taiwan so gut wie verschlossen, weil Beijing als ständiges Mitglied mit Vetorecht im Sicherheitsrat sitzt und weiterhin die Anerkennung zweier chinesischer Regierungen ablehnt. Es besteht jedoch die Möglichkeit, daß die Generalversammlung nach Artikel 18 der UN-Charta das Thema der chinesischen Repräsentation als eine wichtige Frage erneut behandelt und mit einer Zweidrittelmehrheit zugunsten Taiwans beschließt. Zur Zeit haben aber nur 29 Staaten Taiwan als Republik China anerkannt.

Durch Gewährung von Entwicklungshilfe ist es Taiwan in den letzten Jahren gelungen, mit einigen kleineren Staaten Mittelamerikas und Afrikas diplomatische Beziehungen aufzunehmen. Pressemeldungen zufolge wird Taiwan nun auch denjenigen Staaten Entwicklungshilfe geben, die in der UNO Taiwans Beitritt unterstützen.

Balanceakt Taiwans in seiner China- und UN-Politik



(aus: FCJ, 18.6.93)

Das Außenministerium rechnet damit, daß die Generalversammlung noch in drei Jahren das Thema über die Rückkehr Taiwans in die UNO auf die Tagesordnung setzt. (LHB, 16.6.93) -ni-

*(34)

"Sonnenschein-Gesetz" gegen Korruption

Der Gesetzgebungs Yuan (Parlament) hat am 15. Juni ein sogenanntes "Sonnenschein-Gesetz" verabschiedet, danach müssen über 23.000 Bedienstete in leitenden oder wichtigen Positionen einschließlich aller Abgeordneten bis hinunter auf die Kreisebene ihr Eigentum sowie das ihres Ehepartners und ihrer minderjährigen Kinder erklären. Beim vorsätzlichen Verstoß gegen diese Regelung droht eine Geldstrafe von 60.000 bis 300.000 NT\$ (z.Zt. 26 NT\$ = 1 US\$). Falls jemand danach weiter der Aufforderung der zuständigen Stelle zur Offenlegung seiner Eigentumsverhältnisse ohne berechtigte Gründe nicht folgt, muß er mit einer Haftstrafe bis zu einem Jahr oder einer Geldstrafe von 100.000-500.000 NT\$ rechnen. Die Akten der Eigentumsdeklarationen sind von jedermann einsehbar. Der Staatspräsident, Vizepräsident, die Präsidenten und Vizepräsidenten der fünf Yuan (Exekutive, Legislative, Justiz, Prüfung und Kontrolle), Politiker auf Ministerebene (zhengwuguan), Mitglieder des Gesetzgebungs Yuan, Mitglieder der Parlamente auf Provinzebene, Kreisvorsteher und Bürgermeister der kreisfreien Städte müs-

sen ihnen, ihren Ehepartnern und minderjährigen Kindern gehörende Aktien und Immobilien einer von der Regierung anerkannten Treuhandorganisation anvertrauen.

Die Regierung hatte ursprünglich in ihrem Gesetzentwurf nur eine freiwillige Eigentumserklärung geplant. Bei der zweiten Lesung der Gesetzgebung wurde dies jedoch von den Abgeordneten mit einer überwiegenden Mehrheit zur Verpflichtung umgewandelt und außerdem der genannte Treuhandartikel eingeführt. Ein großer Teil der Abgeordneten der Regierungspartei stimmte gemeinsam mit der Opposition für die obligatorischen Vorschriften. Das Gesetz wird am 1. September d.J. in Kraft treten. Da es zur Zeit keine entsprechenden Treuhandvorschriften gibt, müssen sie innerhalb eines Jahres nach Bekanntgabe des neuen Gesetzes ausgearbeitet werden.

Ferner beschloß das Parlament zusätzlich, die Regierung aufzufordern, innerhalb von sechs Monaten nach dem Inkrafttreten des neuen Gesetzes dem Gesetzgebungs Yuan Entwürfe weiterer Vorschriften zur Ergänzung des "Sonnenschein-Gesetzes" vorzulegen, wie z.B. Regelungen über Geldspenden für politische Zwecke, Lobbyismus, moralische Prinzipien für Beamte usw. (LHB u. CP, 9. u. 16.6.93; ZYRB, 10. u. 17.6.93; FCJ, 18.6.93)

Es wird erwartet, daß die Regierung versuchen wird, durch Gesetzesänderung den obligatorischen Treuhandartikel des "Sonnenschein-Gesetzes" abzuschaffen. -ni-

*(35)

Staatshaushalt mit drastischen Kürzungen verabschiedet

Der Gesetzgebungs Yuan (Parlament) hat am 28. Mai den Etat der Zentralregierung für das Fiskaljahr 1994 (1.7.1993-30.6.1994) verabschiedet. Er sieht Ausgaben in Höhe von 1.065 Mrd. NT\$ (z.Zt. 26,6 NT\$ = 1 US\$) vor. Im Vergleich zum ursprünglichen Regierungsplan (siehe C.a. März 1993, Ü 32) bedeutet dies eine Kürzung um 42,8 Mrd. NT\$ oder 3,87%. Er ist auch um 5 Mrd. NT\$ niedriger als im Finanzjahr 1993 und stellt die erste Etat-senkung beim Jahresvergleich überhaupt in der Geschichte seit dem Rückzug der Regierung nach Taiwan 1949 dar. (LHB, 30.5.93)

Mit 10 Mrd. NT\$ entfielen die größten Einsparungen auf den Bau eines neuen Parlamentsgebäudes. 2 Mrd. NT\$ weniger erhalten die wissenschaftlich-technischen Forschungsprojekte, die vom Wirtschaftsministerium (MOEA) initiiert werden. Ferner sind Kürzungen von 600 Mio. NT\$ für den Bau einer Schnellstraßenverbindung von Taipei nach Ilan vorgesehen.

Als besonders gravierend gelten in Taipei die vom Legislativ-Yuan verordneten Einsparungen bei den Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE). Ursprünglich hatte das MOEA Gelder in Höhe von 13,6 Mrd. NT\$ beantragt. Grund für die Kürzungen ist in erster Linie die Unzufriedenheit einer Reihe von Parlamentariern mit der Arbeit des halbstaatlichen Industrial Technology Research Institute (ITRI).

In den letzten Jahren hätte diese Einrichtung regelmäßig zwei Drittel der für die FuE vorgesehenen Haushalts-gelder erhalten, doch seien die Ergebnisse in Form von transferierten Technologien und Gewinnen eher dürftig. Zudem seien Mitglieder des ITRI prominent in Kommissionen vertreten, welche die zivilen Forschungsvorhaben von Unternehmen begutachteten, für die staatliche Mittel beantragt würden. Kollidierten diese Projekte mit Vorhaben des ITRI, erhielten sie regelmäßig eine negative Bewertung, führen Kritiker an.

Alarmiert durch die Kürzungen hat Wirtschaftsminister Jiang Bingkun (Chiang Pin-kung) in Gesprächen mit Parlamentariern Versuche unternom-

men, den Einsparungsbetrag von 2 Mrd.NT\$ auf 1,5 Mrd.NT\$ zu senken. Doch waren diese Bemühungen vergeblich. Für Forschungen auf dem Gebiet von Flüssigkristallanzeigen (LCD) stehen statt 600 Mio.NT\$ nur noch 430 Mio.NT\$ zur Verfügung. (NfA, 4.6.93)

Insgesamt sind die Ausgaben des MOEA um 9 Mrd.BT\$ gekürzt. Betroffen von den Einsparungen sind auch andere Ressorts wie Verteidigung (5,5 Mrd.NT\$), Finanzen (4 Mrd.NT\$), Innenpolitik (2,1 Mrd.NT\$), Verkehr (2 Mrd.NT\$), Bildung (1,7 Mrd.NT\$) und Außenpolitik (0,6 Mrd.NT\$). -ni-

*(36)

Neues Programm zur Wirtschaftsbelebung

Taiwans Wirtschaft soll in den nächsten drei Jahren mit einem Konjunkturprogramm wieder in Schwung gebracht werden. Oberstes Ziel ist, die private Investitionstätigkeit anzuregen und wieder auf durchschnittliche Zuwächse zwischen 10% und 15% zu bringen. Die Regierung erhofft sich von dem Programm eine Stabilisierung der Steigerungsraten des Bruttosozialprodukts auf jährliche Werte von 6% bis 7%.

Das von der obersten Planungsbehörde Taiwans, dem Council for Economic Planning and Development (CEPD), ausgearbeitete Programm wurde am 1.Juli vom Exekutiv Yuan (Regierung) bereits gebilligt. Seine Schwerpunkte liegen auf den Bereichen Grund und Boden, Arbeitskräfte, Finanzen, Geld und Kredit, Umweltschutz, Wissenschaft und Technik, öffentliche Infrastrukturvorhaben, Beziehungen zur VR China, Internationalisierung von Wirtschaft und Handel sowie Effizienz der Verwaltung.

Die einzelnen Programmpunkte sind im Grundsatz nicht neu. Eines der drängendsten Probleme, die Beschaffung von Land für industrielle Vorhaben, soll u.a. durch die Bereitstellung von 300.000 ha öffentlichen Grund und Bodens wenigstens teilweise gemildert werden. Die Central Bank of China (CBC) will Unternehmen durch ein erhöhtes Geldangebot den Zugang zu Krediten erleichtern. Beim Kauf von Automationsausrüstungen kommen

Firmen drei Jahre lang in den Genuß von Nachlässen bei der Körperschaftsteuer; außerdem erhalten sie für die Entwicklung von Hochtechnologieprodukten eine fünfjährige Steuerbefreiung. Für den gleichen Zweck will das Kabinett zusätzlich Mittel seines Entwicklungsfonds einsetzen.

Öffentliche Infrastrukturvorhaben sollen in ihrem Volumen reduziert werden. Darüber hinaus will der CEPD private Unternehmen verstärkt zu Vorhaben im Kraftwerksbau bewegen. Taiwans chronische Personalknappheit soll durch höhere Quoten für ausländische Arbeitskräfte bekämpft werden. Die Regierung will zwar den Umweltschutz verstärken, doch soll er sich an den wirtschaftlichen Bedürfnissen orientieren. Schließlich sind mehr Importe von Halbfertigwaren aus China vorgesehen.

Die Meinungen zum Konjunkturprogramm sind geteilt. Für die Regierung sind die Maßnahmen ein wichtiger Schritt in die Richtung, Taiwan zu einem Zentrum für die Hochtechnologiefertigung sowie für Transport, Finanzen und allgemein die regionalen Unternehmensaktivitäten zu machen. Andere Stimmen sind weniger euphorisch. Eine der führenden Wirtschaftszeitungen des Landes, die *Commercial Times*, überschreibt ihre Berichterstattung mit "Alte Rezepte, neue Verpackung". Auch die Geschäftswelt zeigt keine ungeteilte Freude. Ohne eine effiziente Regierung könne kein Konjunkturprogramm erfolgreich sein, heißt es. (NfA, 11.6.93; vgl. ZYRB, 9., 15.6., 2., 3.7.93; LHB, 8., 14.6., 1.-2.7.93) -ni-

Hongkong und Macau

*(37)

Politisches Aprilwetter bei den sino-britischen Verhandlungen über Hongkong

Das sino-britische Komitee zur Überwachung des Bauprojekts des neuen internationalen Flughafens für Hongkong hat nach einer siebenmonatigen Zwangspause infolge des politischen Streits zwischen Beijing und Hongkongs Gouverneur Chris Patten über

die Wahlreform der britischen Kolonie kurz vor der Rückgabe an China (1997) seine Arbeit wieder aufgenommen. Am 18. Juni wurde Übereinstimmung über den Baubeginn eines Tunnels unter dem Hongkonger Hafen erzielt. Mit einem Kostenvolumen von 905 Mio.US\$ gehört der Tunnelbau zu den zehn Schlüsselprojekten des Flughafenbaus (22,5 Mrd.US\$). Der Auftrag ging an ein Konsortium, an dem sich ein chinesisches Unternehmen, die China International Trust and Development Corp., zu 48% beteiligt. (AWSJ, 21.6.93; IHT u. FT, 19./20.6.93)

Ein weiteres Anzeichen von Versöhnung war das wiederaufgenommene Zusammentreffen der Sino-britischen Gemeinsamen Liaisongruppe vom 21. bis 23. Juni, die ihre Verhandlungen über die Übergabe Hongkongs ebenfalls wegen des Zwistes zwischen Beijing und Patten ein halbes Jahr lang unterbrochen hatte. Allerdings konnte in den wichtigen Punkten kein neues Übereinkommen erlangt werden. (DGB, 25.6.93; AWSJ, 24.6.93)

Ergebnislos verliefen ebenfalls die 5. und 6. Runde der sino-britischen Verhandlungen zur Beilegung des Streits über die Wahlreform in Hongkong, die vom 14.-16. und vom 23.-25. Juni in Beijing stattfanden. Neue Unstimmigkeiten entstanden sowohl durch die seit Ende Mai beginnende Diskussion über die Wahlreform im Legislativrat von Hongkong als auch durch den Beschluß des Chinesischen Nationalen Volkskongresses vom 23. Juni über die Bildung einer Arbeitsgruppe für die Vorbereitung zur Gründung eines "Vorbereitungskomitees zur Übernahme von Hongkong". -ni-

*(38)

Zugang für Chinas Unternehmen zu Hongkongs Börse

Die Börsenaufsichtsbehörden von China und Hongkong haben nach einjährigen Verhandlungen einen Vertrag unterzeichnet, der die Notierung chinesischer Unternehmen an der Börse in Hongkong reglementiert. Neun der größten - und erfolgreichsten - Staatsunternehmen aus China haben bereits ernsthaftes Interesse angemeldet. Der Vertrag soll vor allem die Investitionen internationaler Anleger gegenüber gesetzlichen Unsicherheiten in China ab-